

Dunkle Geschäfte

Liechtenstein, Steueroase und Organisator schwarzer Löcher im globalen Finanzsystem. Teil I: Der Aufschwung begann mit Hitlerdeutschland

Werner Rügemer

Staatsoberhaupt Fürst Hans-Adam II. von Liechtenstein machte in der Süddeutsche Zeitung vom 16. August 2008 mit Bezug auf bundesdeutsche Forderungen, die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung endlich einzuschränken, deutlich: »Ich möchte daran erinnern, daß man schon vor dem Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite Druck ausgeübt hat, weil wir Steuerflüchtlinge und andere Flüchtlinge aufgenommen haben.« In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. September fügte er hinzu: »Wir werden auch noch ein viertes Reich überleben.« Mit dieser Selbstdarstellung des Kleinstaats Liechtenstein als moralisch sauberes Opfer des »Dritten Reiches« zeigt der Staatschef mindestens zweierlei: Er verschleiert die Tatsache, daß Liechtenstein ein begeisterter Kollaborateur der Nazis war und seinen Vertretern bis heute jede noch so schmierige Demagogie recht ist, um die organisierte Beihilfe zu verdecken und kriminelle Aktivitäten zu rechtfertigen.

Schaffung einer Finanzoase

Bereits 1921 gründete ein internationales Konsortium um die Anglo-Austrian Bank (Wien/London) die Bank in Liechtenstein (BiL). In den 20/30er Jahren waren etwa auch die Banque Commerciale aus Luxemburg und die Münchner Privatbank Hardy Miteigentümer, bevor in den 30er Jahren die Fürstenfamilie, ein Bankensyndikat und die jüdische Industriellengruppe Petschek die Aktienmehrheit übernahm.

Die BiL, die heute Liechtenstein Global Trust (LGT) heißt und der Fürstenfamilie gehört, bot als neue Dienstleistung verdeckte Finanzoperationen an. Sie richtete im Auftrag ausländischer Unternehmen und vermögender Privatkunden Holdinggesellschaften in Vaduz ein. Ihnen wurden zugleich sehr günstige Steuerpauschalierungsverträge zugestanden. Sie bezahlten der Bank eine Gebühr, der Staat Liechtenstein erhielt eine niedrige Pauschalsteuer, und die Kunden waren in ihrem Herkunftsstaat sämtlicher Steuerzahlungen enthoben. Die einzige Bank, die schon vorher bestand, die Liechtensteinische Landesbank (LLB), übernahm ebenfalls die neuen Praktiken. Auf dieser Basis wurden das »Personen- und Gesellschaftsrecht« und das »Gesetz über das Treuhandunternehmen« entwickelt. Der Landtag des Kleinststaates, der damals etwa 10000 Einwohner hatte, beschloß die beiden Gesetze in den Jahren 1926 und 1928 - weltweit das erste Gesetzeswerk dieser Art.

Seitdem gibt es neben den international üblichen Unternehmensformen Aktiengesellschaft und GmbH ein ganzes Spektrum diskreter Einrichtungen, z. B. Anstalt, Trust, Stiftung, Treuunternehmen, Etablissement, Gesellschaft ohne Persönlichkeit, Holding. Auch wenn sie teilweise begrifflich mit Unternehmensformen in anderen Staaten übereinstimmen - etwa bei Holding, Trust, Stiftung - haben sie in Liechtenstein andere Merkmale.

Es sind Sitzgesellschaften, die in Liechtenstein nur als rechtlicher Rahmen bestehen und dort nicht wirtschaftlich tätig werden. Sie sind von allen regulären Steuern (Erwerbs- und Ertragssteuer, Steuern auf Mieten, Zinsen, Dividenden und Lizenz-, Marken-, Urhebererträge) befreit, zahlen lediglich ein Tausendstel des eingezahlten Kapitals als »Gesellschaftssteuer«. Sie werden von einheimischen Banken und Treuhändern gegen eine Gebühr gegründet und verwaltet. Sie unterliegen extremen Formen der Geheimhaltung - im Handelsregister sind bestenfalls die Treuhänder aufgeführt, aber nicht die Eigentümer.

So hat etwa eine Stiftung folgende Merkmale: Der Stifter kann sich selbst begünstigen; er kann selbst als einziges Entscheidungsorgan (Stiftungsrat) fungieren; die Stiftung ist nicht buchführungspflichtig, muß z. B. nirgendwo eine Bilanz vorlegen; die Stiftung kann als Holdingsystem ausgebaut werden, d. h., aus ihr heraus können weitere Stiftungen bzw. Untergesellschaften gegründet werden; der Stifter kann seine Stiftung jederzeit schnell und unbürokratisch auflösen und das Vermögen etwa einem Konkursverfahren entziehen.

Stiftungen werden - entgegen dem bisher vorherrschenden öffentlichen Bild - keineswegs nur zur Steuerhinterziehung eingesetzt: Hinterlegung von Geheimverträgen über »Provisionen« bei großen Industrieaufträgen (Siemens, Elf Acquitaine ...); Vorhaltung schwarzer Kassen durch Konzerne und politische Parteien; Verstecken von Aktienpaketen und anderer Unternehmensanteile durch Manager und Unternehmer, um nicht als (Mit-)Eigentümer bekannt zu werden; verdeckter Kauf von Unternehmensbeteiligungen, um unerkannt eine Aktienmehrheit in einem Unternehmen aufzubauen; Verwalten von Patenten und Urheberrechten usw.

Die Stiftung wird durch stark ausgebaute Geheimhaltungsregularien für Treuhänder, Notare, Rechtsanwälte und Bankmitarbeiter zusätzlich gegen Zugriffe von außen abgeschottet. Das Weitergeben von Kundendaten ist ein Straftatbestand. Hinzu kommt die Nichtstrafbarkeit von Steuerhinterziehung und die sehr eingeschränkte Kooperation mit ausländischen Steuer- und Justizbehörden.

In Liechtenstein wurde somit die absolute Geheimhaltung von Eigentumstiteln verrechtlicht, professionalisiert, zu einer eigenen, und zwar der zentralen Industrie des Landes entwickelt und gleichzeitig zur Staatsräson erklärt. Die Herrscherfamilie, ehemalige Parteivorsitzende und Minister sind zugleich als Bankiers und Treuhänder tätig. Entgegen dem öffentlichen Bild stellt die Beihilfe zur Steuerhinterziehung nur einen kleinen Teil der Aktivitäten dar. Das Fürstentum ist nicht nur eine Steuer-, sondern vor allem eine Finanzoase. In vielfältiger Weise werden dabei Gesetze und Öffentlichkeitsformen nicht nur klassischer bürgerlicher Rechtsstaaten, sondern ehemals auch sozialistischer und gegenwärtiger postsozialistischer Staaten und Entwicklungsländer umgangen, unterhöhlt, ausgehebelt. Liechtenstein bildet keine Insel, sondern ist tief in der neoliberalen Globalwirtschaft verankert.

Nach der Einführung des neuen Unternehmensrechts im Jahr 1926 gründeten ausländische Unternehmen und vermögende Privatleute verstärkt Sitzgesellschaften. Daß dies nicht eine isolierte Aktion des Kleinstaates und seiner professionellen Treuhänder war, wird auch daraus ersichtlich, daß von Anfang an Anwaltskanzleien in New York, Zürich, Hamburg, Berlin, Wien mitwirkten, in London etwa die Kanzlei Freshfields.

Die Steuerhinterziehung vermögender Individuen und Familien spielte nur eine untergeordnete Rolle. Zwar wurden die neuen Dienstleistungen auch von ihnen gern genutzt. So war Hitlers Organisator der Reichsparteitage und Chefarchitekt Albert Speer Berechtigter der Familienstiftung Tremonia, die sein Vater 1930 gründen ließ. Mitglieder des Siemens-Clans brachten ihre Aktienpakete in der Stiftung Maria unter. Der Hamburger Unternehmer Alfred Toepfer gründete 1931 bei der LLB die Stiftung J. W. G.

Vor allem aber etablierten große Unternehmen Sitzgesellschaften, um beispielsweise die Eigentumsverhältnisse von Tochtergesellschaften zu verschleiern. Das taten neben anderen aus den USA Standard Oil und Ford, aus Deutschland die Deutsche Erdöl AG und die IG Farben, aus Großbritannien Shell und der Großaktionär des US-Pharmakonzerns Pfizer, Charles Duncan, aus den Niederlanden der Textilkonzern C&A Brenninkmeyer, aus Schweden der »Zündholzkönig« Ivar Kreuger, aus der Schweiz die Pharma- und Nahrungsmittelkonzerne Hoffmann-LaRoche und Nestlé.

Die drei Schweizer Großbanken gründeten Sitzgesellschaften, um verdeckte Aktienkäufe an der Londoner Börse zu tätigen, ebenso taten dies europäische und US-Banken. Allein die größte schwedische Bank Enskilda der Familie Wallenberg gründete 20 Sitzgesellschaften. So ließen auch z. B. die Londoner Westminster Bank, die National City Bank of New York, die Londoner und New Yorker J. H. Schroders Bank Sitzgesellschaften gründen. Letztere benannte als ihren dortigen Verwaltungsrat den New Yorker Rechtsanwalt Allen Dulles, der während des Weltkrieges als Vertreter des US-amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) in der Schweiz residierte und später die CIA leitete.

Liechtenstein und die Nazis

Der eigentliche Aufschwung Liechtensteins begann in der Nazizeit: Sowohl deutsche als auch US-Konzerne hatten verstärkten Bedarf an verdeckten Operationen. So kontrollierten etwa die Budd Manufacturing Company of Philadelphia und deren Hauptaktionärin Schroders Bank ihre deutsche Tochterfirma Berliner Preßwerk über die Sitzgesellschaften Estator und Verador. Budd hatte in Deutschland die Ganzstahlfabrikation von Autokarosserien eingeführt und war seit Kriegsbeginn ausschließlich und als »Feindunternehmen« öffentlich unerkannt für die NS-Rüstung tätig, u.a. mit der Herstellung der Karosserie für den »Kübelwagen«.

Günter Quandt, einer der einflußreichsten Großindustriellen der Weimarer Republik und insbesondere während des

Hitlerfaschismus, hatte neben der Steuerverkürzung wesentliche andere Ziele. Ihm gehörten die Accumulatorenfabrik Berlin-Hagen, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (DWM) und zahlreiche Industriebeteiligungen. Deshalb saß er in mehr als 20 Aufsichtsräten, so bei der Deutschen Bank und der AEG. Ab 1931 finanzierte er die NSDAP, der er 1933 beitrug. Zeitgleich gründete er Sitzgesellschaften in Liechtenstein, so die Electrolyt AG, die Electromontana AG und die Rheinelectra AG; über die hier untergebrachten Aktienpakete kontrollierte er Tochterfirmen in der Schweiz, Österreich und in Großbritannien.

Die Bank in Liechtenstein beschaffte dem Wehrwirtschaftsführer Quandt 1939 auch eine Niederlassungsbewilligung und ein Steuerdomizil. Quandt zahlte dafür jeweils jährlich der BiL eine Verwaltungsgebühr von 250 Schweizer Franken, dem Staat Liechtenstein eine Pauschalsteuer von 1500 Franken sowie 3200 Franken für die Anmietung einer Villa. Daneben mietete Quandt bei der BiL mehrere Tresorfächer. Die Zahlungen wurden über ein Konto beim Schweizerischen Bankverein Zürich abgewickelt. Dies und die Gründung von Sitzgesellschaften geschah in Abstimmung mit den Nazibehörden. Nicht nur Quandt praktizierte das. Konzerne und NS-Staat wollten sich dadurch vor der Beschlagnahme deutscher Tochtergesellschaften in den Feindstaaten des von ihnen vorbereiteten Krieges schützen.

Für die Waffen- und Materialbeschaffung des Deutschen Reiches wurde Liechtenstein insbesondere seit Beginn des Zweiten Weltkrieges wichtig. So gründete der Schweizer Zementkonzern Holderbank im Eigentum der Familie Schmidheiny verschiedene Sitzgesellschaften. Über sie wurde mit der von der deutschen Besatzung in Jugoslawien gegründeten »Asbestminengesellschaft Südost« Asbest ausgebeutet, wurden Bestandteile für Zielfernrohre und Gasmasken an das Deutsche Reich verkauft.

Der wichtigste Waffenhändler der Nazis während des Krieges, Rudolf Ruscheweyh, war unter anderem Vertreter von Oerlikon Bührle, des Schweizer Unternehmens, das die meisten Waffen aus der basisdemokratischen Alpenrepublik an Nazideutschland lieferte. Für Ruscheweyh richtete Oerlikon Bührle 1940 in Liechtenstein eine Niederlassung ein, Konten und Briefkastenfirmen wurden bei der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) geführt. Ruscheweyh gründete 1940 verschiedene Sitzgesellschaften, u. a. die Anstalt für Patentverwertung, Patva. Über sie hielt er Patentrechte auf rüstungsrelevante Produkte, etwa auf schußsichere Reifen, die er in ganz Europa an diverse Kriegsteilnehmer verkaufte bzw. deren Lizenz er an andere Unternehmen vergab. Er war Wirtschaftsberater des Heereswaffenamtes und des Nachrichtendienstes der Wehrmacht; bei den deutschen Besatzungsbehörden in Paris war er dafür verantwortlich, die Produktionsaufträge des Deutschen Reiches an Fabriken in Frankreich, Belgien und den Niederlanden zu verteilen. Die Tarnung ermöglichte es Ruscheweyh nebenbei, Waffenlieferungen von Oerlikon Bührle an die Sowjetunion zu vermitteln. Liechtenstein war damit trotz seiner erklärten Neutralität faktischer Kriegsteilnehmer auf seiten des NS-Regimes und zugleich system- und ideologieübergreifender Hehlerstaat.

Diese Stellung wurde durch politische Nähe zu den Nazis verstärkt. Graf Maurice de Forest, vermöglicher Privatier, dessen Vater u. a. die Banque de Paris et des Pays Bas (heute BNP) mitbegründet hatte, Mitglied des britischen Oberhauses und NS-Verehrer, ließ sich 1932 in Liechtenstein einbürgern, gewährte dem Fürstenhaus einen umfangreichen Kredit, damit es die Mehrheit an der BiL erwerben konnte, wurde als Graf von Bendern in den Adelsstand erhoben, erhielt einen Diplomatenpaß und wurde außenpolitischer Berater des Fürsten Franz I., er war also für die Beziehungen zu Hitlerdeutschland zuständig. Die Geschäfte, die er über verschiedene Sitzgesellschaften abwickelte, sind bis heute nicht aufgeklärt.

Liechtenstein bot auch Juden aus Deutschland Zuflucht. Zwischen 1930 und 1939 wurden insgesamt 161 Personen verschiedener Nationalitäten eingebürgert. Es handelte sich um vermögende Privatiers aus Großbritannien, den USA, der ehemaligen Donaumonarchie und um Adlige, die nach der russischen Revolution aus dem untergegangenen Zarenreich ihr Vermögen außer Landes gebracht hatten.

107 der 161 Eingebürgerten stammten aus Deutschland, 56 davon waren jüdischer Herkunft. Zu letzteren gehörten Siegfried Bieber (Berliner Handelsgesellschaft), Georg Tietz (Hermann Tietz-Konzern, später Hertie), Georg Solmssen (Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank), Alfred Merton (Metallgesellschaft), Emil Strauss (Ledergroßhandel) und Paul Silverberg (Rheinbraun, RWE). Nur in einer Minderheit von Fällen machten faschistische Behörden Druck, anerkannten die neue Staatsbürgerschaft nicht und zogen das Vermögen der Betroffenen in Deutschland ein.

Vermögenslose Juden wurden nicht aufgenommen. Die finanziellen Garantien und Gebühren waren sehr hoch. So zahlte etwa das Ehepaar Klausner, die ehemaligen Eigentümer der größten Berliner Schuhhandelskette Leiser GmbH,

eine Aufnahme von 37500 Schweizer Franken, 1000 Franken Gebühren und eine jährliche Einbürgerungssteuer von 1000 Franken; zusätzlich mußten die Klausners für 30000 Franken Obligationen der LLB erwerben - der heutige Gegenwert beträgt mindestens eine Million Euro.

Dorado deutscher Rüstungsindustrie

Im agrarisch geprägten Fürstentum wurden 1941 kurz hintereinander drei metallverarbeitende Unternehmen gegründet. Es waren die ersten Unternehmen dieser Art, und die Produktion orientierte sich ausschließlich am Bedarf der deutschen Wehrmacht. Sie waren Teil der von den deutschen Konzernen und vom Vier-Jahresplan seit der Besetzung Frankreichs 1940 organisierten »Europäischen Großraumwirtschaft« (siehe jW-Thema vom 7.12.2001).

Nach der Besetzung Frankreichs im Jahr 1940 gewährte die Schweiz Hitlerdeutschland bedingungslose Kredite (ohne Verzinsung und Amortisationsplan) für zusätzliche Rüstungskäufe; die Regierung begründete dies mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Mitwirkung am »Neuen Europa«, dem damaligen Begriff für »Globalisierung«. Liechtenstein bot Arbeitskräfte und niedrige Löhne; Unternehmensabgaben für Renten- und Gesundheitsversicherungen waren unbekannt. Zudem konnten die neugegründeten Unternehmen mit dem Staat Liechtenstein eine niedrige Pauschalsteuer aushandeln. Wir haben es also mit Strukturen zu tun, die für die neoliberale Wirtschaft typisch sind.

So ließ der größte Schweizer Rüstungskonzern und Schweizer Hauptlieferant der Wehrmacht Oerlikon Bührle in Liechtenstein die Preß- und Stanzwerk AG (Presta) gründen. Hier wurden Millionen Munitionshülsen ausschließlich für das Hauptprodukt von Oerlikon, die Fliegerabwehrkanone, hergestellt; Endabnehmer war die Wehrmacht. LLB-Direktor Eduard Batliner und Regierungsrat Johann Georg Hasler waren Mitglieder im Presta-Aufsichtsrat. Das Unternehmen mußte lediglich eine jährliche Pauschalsteuer von 10000 Franken entrichten.

Nach demselben Muster gründete die Werkzeug Union, Zürich, die Präzisions-Apparatebau AG in Vaduz (PAV). Endabnehmer der hier produzierten Flugzeugteile waren vor allem die Flugzeugmotorenwerke Ostmark GmbH in Wien, die Klöckner Flugzeugmotorenbau GmbH in Hamburg und Argus Motoren GmbH in Berlin (Produktion der Flugbombe V 1). Die Schweizer Firma Mägerle wickelte zudem ihre Exporte in das faschistische Spanien und Italien und neutrale Staaten über die Sitzgesellschaft Kompaß ab.

Auch Martin Hilti, »Gebietsführer« der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein und später Mitglied der Waffen-SS, nutzte die Chancen, die sich mit der NS-Strategie eines »Europäischen Wirtschaftsraumes« zeigten: Deutsche Unternehmen, koordiniert durch den Staat, vergaben möglichst viele Unteraufträge an Unternehmen der besetzten westlichen Länder und auch der neutralen Staaten. Nach Zusagen der Maybach-Motorenbau GmbH, dem Hauptproduzenten von Panzermotoren, der Robert Bosch GmbH, der Klöckner Humboldt Deutz AG und der Zahnradfabrik Friedrichshafen gründete Hilti 1940 die Maschinenbau Hilti OHG. Das Unternehmen bearbeitete Rohmaterialien und lieferte z. B. Zündkerzenkörper, Mikrometerspindeln, Lenkvorrichtungen. Obwohl die Teile insbesondere für das »Adolf-Hitler-Panzerprogramm« dienten, behauptete die liechtensteinische Regierung gegenüber den Westalliierten, es handle sich um »blockadefreie Autobestandteile«.

Profite durch Arisierungen

Liechtenstein ist bekannt für seine bunten und hübschen Briefmarken. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte der Verkauf ins Ausland zu den wichtigsten Einnahmequellen des Landes. Seit 1928 beriet der Reutlinger Briefmarkenhändler und Herausgeber von Philatelie-Fachzeitschriften Hermann Sieger den liechtensteinischen Ministerpräsidenten Franz Josef Hoop in postalischen Fragen. Der NSDAP-Funktionär rückte zum Reichsfachgruppenleiter Briefmarken auf, begutachtete für den Vierjahresplan geraubte Briefmarkensammlungen und organisierte deren Verwertung.

Sieger wurde durch eine Schenkung Kurator des liechtensteinischen Postmuseums auf Lebenszeit. Er organisierte für das Fürstentum erstmals den weltweiten Verkauf ungestempelter Briefmarken. Er verlegte den Sitz des Internationalen Postwertzeichenhändlerverbandes, nachdem NS-Funktionäre im Verband die Macht übernommen hatten, nach Vaduz. Sieger verband den staatlichen Briefmarkenhandel Liechtensteins mit dem privaten, aber staatlich koordinierten Handel in Deutschland und in den besetzten Staaten, einschließlich der Verwertung geraubarer Sammlungen. Der Völkische Beobachter informierte ab 1937 regelmäßig über Neuerscheinungen. So wurde Liechtenstein zum Zentrum des internationalen Briefmarkenhandels während des Zweiten Weltkrieges; die Staatskasse profitierte erheblich.

Auch das Fürstenhaus sackte ein, vor allem durch Arisierungen. Als juristischer Beistand und politischer Lobbyist fungierte dabei der Hamburger Rechtsanwalt Albrecht Dieckhoff, SS-Obersturmbannführer, tätig im Wirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht ebenso wie im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. Liechtenstein erhob ihn 1938 in den erblichen Adelsstand, weil er die volkstumsmäßigen Bindungen des Fürstentums an das großdeutsche Reich vertieft habe. Der dem Fürstenhaus gehörende Wiener Elbemühl-Konzern mit Zeitungen, Zeitschriften, Druckereien, Papierproduktion und -handel erwarb über seine NS-Kontakte mehrere arisierte Papierfabriken und Verlage, z.B. den damals weltweit größten Theaterverlag Drei Masken (Berlin) und den Theaterverlag Max Pfeffer (Wien). Im Elbemühl-Konzern erschienen die von den Nazis geförderte Wiener Illustrierte ebenso wie Propagandaschriften und »Kriegskarten Sonderstufe SS«.

Der »Fürstliche Justizrat« Ludwig Marxer, einer der bedeutendsten Treuhänder von Sitzgesellschaften, richtete für den Schweizer Unternehmer Christian Schmid die Stiftung Crisanus ein. Schmid's Textilkonzern hatte den Hauptsitz in Mailand. Wegen der Währungs- und Wirtschaftssanktionen, die der Völkerbund gegen das Italien Mussolinis wegen des Einmarsches in Abessinien 1935 verhängte, übertrug der enge Mussolini-Freund seine Eigentumstitel auf die Stiftung. Er entzog sie damit einer drohenden Sequestrierung in Italien, der Besteuerung in der Schweiz ebenso wie nach 1945 seinen ungeliebten Erben.

Auch der Staat profitierte: Bis 1945 wurden etwa 2500 Sitzgesellschaften gegründet, sie brachten zuletzt etwa 80 Prozent der Steuereinnahmen. Umgehungsgeschäfte und parasitäre Selbstbereicherung der Hehler waren zur Staatsräson geworden. Die später behauptete Anpassung an das Naziregime um des Überlebens willen geschah auf der Grundlage einer weitgehenden politischen Übereinstimmung, einer finanzorientierten Modernisierung der Wirtschaft und einer begeisterten Profitmitnahme. Die »europäische Großraumwirtschaft« Hitlers und die damit verbundene okkulte Parallelfianz insbesondere während des Zweiten Weltkrieges ermöglichten dem spezifischen Nischenangebot Liechtensteins den Aufschwung.

** Werner Rügemer erhielt am 22. August den erstmals vergebenen »Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik« der Neuen Rheinischen Zeitung. Von ihm erschien u. a. im Nomen Verlag »Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim«, 106 S., 14 Euro*